

Mitteilung des Statistischen Bundesamts vom 21.7.2021

Die Jugendämter in Deutschland haben im Jahr 2020 bei fast 60.600 Kindern und Jugendlichen eine Kindeswohlgefährdung festgestellt. Das waren rund 5.000 Fälle oder 9 % mehr als 2019. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, haben die Kindeswohlgefährdungen damit im Corona-Jahr 2020 den **höchsten Stand seit Einführung der Statistik** im Jahr 2012 erreicht. Bereits in den beiden Vorjahren war die Zahl der Kindeswohlgefährdungen deutlich - und zwar um jeweils 10 % - gestiegen.

Neben einer **zunehmenden Sensibilisierung der Bevölkerung** für den Kinderschutz, können im Corona-Jahr 2020 auch die Belastungen von Familien infolge der Lockdowns und der Kontaktbeschränkungen ein Grund für die Zunahme gewesen sein. Gleichzeitig ist nicht auszuschließen, dass ein Teil der Fälle, etwa aufgrund von vorübergehenden Schulschließungen, unentdeckt geblieben ist. Die Behörden können nur solche Fälle zur Statistik melden, die ihnen bekannt gemacht wurden, wobei auch diese Zahl gewachsen ist: Bundesweit prüften die Jugendämter im Jahr 2020 knapp 194.500 Verdachtsmeldungen im Rahmen einer Gefährdungseinschätzung, das waren 12 % mehr als 2019 (+21.400 Fälle).

Jedes zweite Kind war jünger als 8 Jahre

Den neuen Ergebnissen zufolge war etwa jedes zweite gefährdete Kind jünger als acht Jahre (51 %) und **jedes dritte sogar jünger als fünf Jahre** (33 %). Während Jungen bis zum Alter von 13 Jahren etwas häufiger betroffen waren, galt dies ab dem 14. Lebensjahr für die Mädchen. Die meisten Minderjährigen wuchsen bei

- alleinerziehenden Elternteilen (43 %),
- bei beiden Eltern gemeinsam (38 %)
- bei einem Elternteil in neuer Partnerschaft auf (11 %).

Etwa die Hälfte (49 %) der betroffenen Jungen und Mädchen hatte zum Zeitpunkt der Gefährdungseinschätzung bereits eine Leistung der Kinder- und Jugendhilfe in Anspruch genommen und stand somit schon in Kontakt zum Hilfesystem.

Vernachlässigung ist am häufigsten

Die meisten der rund 60.600 Kinder mit einer Kindeswohlgefährdung wiesen Anzeichen von Vernachlässigung auf (58 %). Bei rund einem Drittel aller Fälle (34 %) wurden Hinweise auf psychische Misshandlungen – beispielsweise in Form von Demütigungen, Einschüchterungen, Isolierung und emotionale Kälte – gefunden. In etwas mehr als einem Viertel (26 %) der Fälle gab es Indizien für körperliche Misshandlungen und in 5 % Anzeichen für sexuelle Gewalt. Mehrfachnennungen waren hierbei möglich.

Im Vergleich zum Vorjahr haben **alle Arten der Kindeswohlgefährdung an Bedeutung gewonnen**. Besonders stark war die Zunahme im Corona-Jahr 2020 aber bei psychischen Misshandlungen. Hier stieg die Zahl der Nennungen um 17 % (+3.100 Fälle).

Deutlich mehr Hinweise aus der Bevölkerung

Die meisten der rund 194.500 Gefährdungseinschätzungen wurden im Jahr 2020 von der Bevölkerung - also Verwandten, Bekannten, Nachbarn oder anonym - angeregt (27 %). Hinweise auf eine mögliche Kindeswohlgefährdung kamen darüber hinaus von

- Polizei oder Justizbehörden (27 %),
- Einrichtungen und Dienste der Kinder- und Jugendhilfe oder Erziehungshilfe (13 %),
- Schulen (10 %),
- betroffenen Minderjährigen oder deren Eltern (9 %).

Knapp jeder dritte **Verdacht auf eine Kindeswohlgefährdung** wurde später durch die Jugendämter bestätigt (31 %). In etwa einem weiteren Drittel (34 %) der Fälle stellten die Behörden zwar keine Gefährdung, wohl aber weiteren Hilfebedarf fest und ebenso in rund einem Drittel (35 %) der Fälle erwies sich der Verdacht als unbegründet.

Verdachtsmeldungen von Schulen erstmals zurückgegangen

Fachleute hatten im Vorfeld der Corona-bedingten Lockdowns davor gewarnt, dass insbesondere durch die **Schul- und Kita-Schließungen Kinderschutzfälle unentdeckt** geblieben sein könnten. Die neuen Ergebnisse scheinen diese Annahme, zumindest für den Sektor Schule, zu stützen: So sind die Verdachtsmeldungen von Schulen im Jahr 2020 - erstmals in der Statistik und entgegen dem allgemeinen Trend (insgesamt 12 % mehr Verdachtsmeldungen gegenüber 2019) - um 1,5 % zurückgegangen (-300 Fälle). Dies steht im Gegensatz zu den Entwicklungen der beiden Vorjahre: Im Jahr 2018 hatten die Verdachtsmeldungen von Schulen um 15 % (+2.100 Fälle) und im Jahr 2019 sogar um 17 % zugenommen (+2.800 Fälle).

Dagegen scheint die Bevölkerung im Corona-Jahr 2020 erheblich wachsamer geworden zu sein: Gegenüber 2019 sind die Hinweise von Verwandten, Bekannten, Nachbarn und anonymen Melderinnen und Meldern um insgesamt 9.100 Fälle angestiegen, das entspricht einer weit überdurchschnittlichen Zunahme um 21 %.

Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamts Nr. 350 vom 21.7.2021

